

Kantonsrat SP-Postulat für neue Finanzierungsmodelle mehrheitlich unterstützt

Neue Anreize für die Weiterbildung

Mit neuen finanziellen Anreizen soll die Weiterbildung im Kanton Zürich verstärkt werden. Der Kantonsrat hat am Montag ein entsprechendes SP-Postulat überwiesen.

Linus Baur

Mit dem Postulat wird der Regierungsrat eingeladen, aufzuzeigen, mit welchen finanziellen Anreizen die Investition in die Weiterbildung auf individueller als auch betrieblicher Ebene verstärkt werden kann. Ersterunterzeichnerin Jacqueline Gübeli (sp, Horgen) verwies auf eine OECD-Studie, wonach im Bereich Weiterbildung in der Schweiz nicht alles zum Besten bestellt sei. Die Teilnahmequote stagniere, und die Be-

teiligung der Geschlechter sei unausgeglichen. In anderen Ländern würden unterschiedliche Bildungsanreize, wie beispielsweise individuelle Bildungskonten oder staatlich finanzierte Bildungsgutscheine, angeboten. Es sei zwingend, dass auch die Schweiz neue Bildungsanreize anbiete.

Jeder ist eigenverantwortlich

Die Regierung war bereit, das Postulat entgegenzunehmen, nicht so die FDP, die auf Ablehnung plädierte. Robert Marty (fdp, Affoltern am Albis) fand, es gebe genügend Weiterbildungsangebote, da brauche es kein verstärktes Engagement des Kantons. Für die Weiterbildung sei jeder eigenverantwortlich, zudem erlaube die Finanzknappheit des Kantons keinen Ausbau des Angebots. Auch Samuel Ramsever (svp, Niderglatt) und Willy Haderer (svp, Unterengstringen) stellten sich gegen ein verstärktes Engagement des Kantons. Vielmehr müssten Abzugsmöglichkeiten

bei den Steuern für die Weiterbildung geprüft werden.

Bildungsdirektorin Regine Aepli wies auf den Nutzen der Weiterbildung hin. Diese liege im Interesse der Gesellschaft und der Volkswirtschaft, die auf wirtschaftliches Innovationspotential und Wachstum angewiesen sei. Deshalb müsse der Staat die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die berufsbegleitende Weiterbildung zu ermöglichen. Zudem erinnerte Aepli daran, dass das eidgenössische Berufsbildungsgesetz die Kantone verpflichte, sich über das Weiterbildungsangebot Gedanken zu machen. FDP und SVP brachten keine Mehrheit gegen den Vorstoss zustande: Knapp mit 77 zu 71 Stimmen wurde das Postulat überwiesen.

Lehrstellenkonzept chancenlos

In einem weiteren Postulat verlangte Karin Maeder-Zuberbühler (sp, Rüti) von der Regierung ein Konzept für mehr

Lehrstellen in internationalen Unternehmen. Da liege ein grosses Potenzial an neuen Lehrstellen, das es zu nutzen gelte. Besonders wichtig sei, dass diese Unternehmen über unser duales Bildungssystem aufgeklärt und zur Lehrausbildung motiviert würden.

Die Regierung war nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Bildungsdirektorin Aepli betonte, es sei richtig und sinnvoll, die hier ansässigen internationalen Unternehmen für die Lehrausbildung zu sensibilisieren, doch dazu sei kein Konzept nötig. Der gleichen Meinung war die bürgerliche Seite. Es gebe andere Wege, in der Lehrausbildung Fortschritte zu erzielen, sagte Lucius Dürr (cyp, Zürich). Hans Heinrich Raths (svp, Pfäffikon) wies auf die bestehenden Möglichkeiten zur Sensibilisierung der ausländischen Firmen hin. Diese müssten konsequent umgesetzt werden. Das Postulat Maeder wurde darauf mit 86 zu 73 Stimmen nicht an den Regierungsrat überwiesen.